

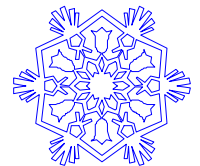


Peinlicher Tiefpunkt der Union: Versuch zu blamieren endet in Selbstblamage

Die Vergangenheit des Bundesaußenministers Joschka Fischer hat nun auch den Bundestag beschäftigt. In der Fragestunde stellte sich Fischer der heftigen Kritik der Opposition. Bundeskanzler Schröder unterstützte seinen Minister. Nach einer hitzigen zweistündigen Debatte erklärte er in Richtung der Union: "Ich weiß nicht, was größer ist - ihre Selbstgerechtigkeit oder ihr Jagdfieber." Die Kritik der Opposition zielte aber nicht nur auf Fischer, der politische Aufbruch einer ganzen Generation wurde diffamiert.

Joschka Fischer hat sich für seine militante Vergangenheit entschuldigt. Der Vizekanzler gab zu, an gewalttätigen Angriffen gegen Polizisten beteiligt gewesen zu sein, betonte jedoch, er habe "niemals Molotow-Cocktails geworfen" und auch "niemals dazu aufgerufen". Auch habe er "weder Waffen noch Sprengstoff verborgen." Ebenfalls bestritt er jegliche Unterstützung von Linksterroristen. Er bekräftigte nochmals, sich seit damals "aus politischer Überzeugung zum Demokraten gewandelt" zu haben. 1977 habe er erkannt, daß der Weg der Gewalt falsch sei: "Gewalt führt immer zur Selbstzerstörung."

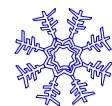
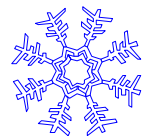
Die Debatte im Bundestag gab Zeugnis darüber ab, daß die Opposition nicht beurteilen, sondern verdammen will: „Ihre Rechtfertigungsversuche machen die Sache nicht besser, eher schlimmer“ (Wolfgang Bosbach), auch wenn sie beteuert: "Mir geht es nicht um eine kleinkarierte Kritik, mir geht es darum, nicht zuzulassen, daß sich der Bundesaußenminister heute, anders gekleidet, seiner eigenen Biographie mit Koketterie entledigt" (Wolfgang Gerhardt). Manche sind mit Realitäten nicht vertraut: „Wenn Fehler im Rechtsstaat gemacht werden – das gilt für Polizisten heute und das galt für Polizisten damals –, hat sich der Rechtsstaat mit diesen Fehlern auseinandersetzen“ (Angela Merkel) oder haben schlicht und einfach nicht zugehört, behaupten dann aber: „Herr Außenminister, Sie haben sich immer, Sie haben sich zu jedem Zeitpunkt ein Hintertürchen offen gehalten, um dann, wenn es die politische Opportunität erlaubt, eben doch wieder Gewalt anzuwenden“ (Friedrich Merz). Hans-Peter Uhl scheint sogar - wie Rezzo Schlauch treffend anmerkte – einen „CDU-Gesinnungs-TÜV“ einführen zu wollen: „Nein, wir wollen wissen, ob sich Ihre Gesinnung wirklich geändert hat“...



Moment mal...

"Ich wäre eigentlich der ideale Kandidat für die Junge Union gewesen."

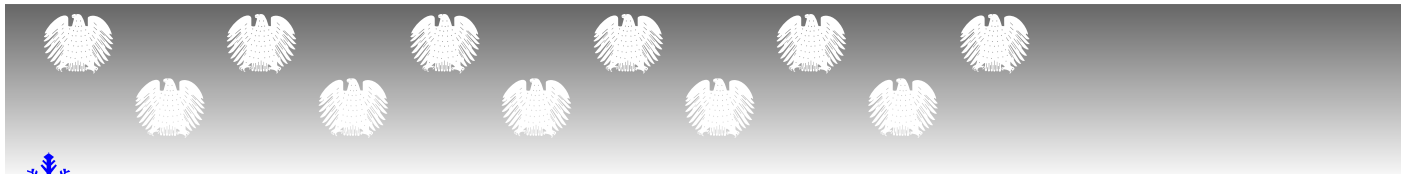
(Außenminister Joschka Fischer bei seiner Zeugenaussage im OPEC-Prozeß in Frankfurt/Main über seine Kind-



In dieser Ausgabe:

Zur Rentenstrukturreform	2
Thema BSE	3
Zur Straßenverkehrsordnung	4





Die Rentenstrukturreform ist verabschiedet



Die Rentenkürzungen der alten Regierung sind sofort nach Amtsantritt der rot-grünen Regierung ausgesetzt worden. Wir haben dafür gesorgt, daß die versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln und nicht mehr wie bisher nur von den Beitragszahlern der Rentenversicherung aufgebracht werden. Im Jahr 2000 sind die Renten in gleichem Maße wie die Preise gestiegen. In diesem Jahr wird es eine modifizierte Nettolohnanpassung geben. Nach dem Rentenrecht der alten Regierung (inkl. Demografiefaktor) hätte es für die Jahre 1999, 2000 und 2001 eine Rentenerhöhung von 3,28 % gegeben. Nach dem gültigen Rentenrecht (inkl. 0,6 % Anstieg in 2000) gab es bzw. gibt es eine Rentenerhöhung von 4,09 %.

Am Freitag verabschiedeten wir die Rentenreform.



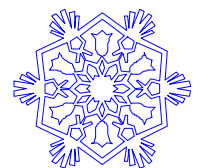
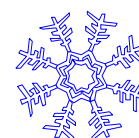
Sicher ist, daß das gesetzliche Nettorentenniveau auch nach 2030 nicht unter 67 % liegen wird. Zusätzlich wird zwischen 2002 und 2008 – staatlich gefördert – eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge aufgebaut, die vom Staat mit 20 Mrd. DM bezuschußt wird. Rechnet man diese beiden Säulen des künftigen Rentenmodells zusammen, werden künftige Rentnerinnen und Rentner ein Gesamtrentenniveau von über 70 % erreichen.

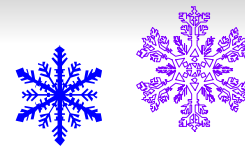
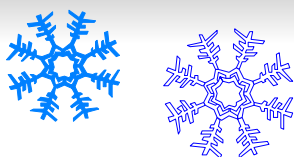
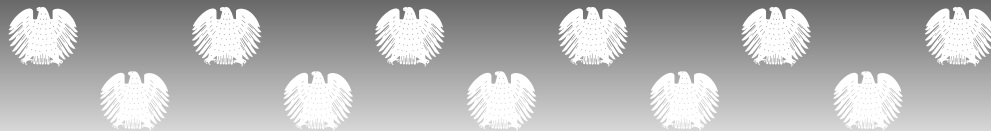
Mit den Regelungen zur kindbezogenen Höherbewertung von Beitragszeiten wird sich die Absicherung von Frauen im Alter deutlich verbessern. Dies fördert eine eigenständige Alterssicherung von Frauen. Die soziale Grundsicherung, auf die wir nicht verzichten wollen, wird die verschämte Altersarmut gezielt bekämpfen.



Durch die Reform werden die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bis 2020 unter 20 % und bis 2030 unter 22 % bleiben.


Der 26. Januar 2001 ist in der Geschichte des deutschen Sozialstaates ein wichtiger Termin. Wir haben an diesem Tag geschlossen eine Rentenreform beschlossen, die ihren Namen verdient: Wir halten die Beiträge dauerhaft stabil und damit die Arbeitskosten niedrig. Gleichzeitig stellen wir sicher, daß ein Rentenniveau garantiert wird, daß deutlich über dem der Kohl/Blüm-Reform liegt und mit dem Altersarmut sicher verhindert werden kann. Wir haben eine Reform der Alterssicherung erreicht, die über viele Jahre tragfähig ist. Wir gewährleisten damit Gerechtigkeit zwischen den Generationen bei der Bewältigung des demografischen Wandels.





Aktuelles zum Thema BSE


Bei der Bekämpfung der Rinderseuche haben wir per Eilgesetz die Verfütterung von Tiermehl verboten und eine Untersuchung aller Schlachtrinder über 30 Monate angeordnet. Der von der Fraktion in der letzten Woche beschlossene Entschließungsantrag zu BSE unterstreicht unseren konsequenten Einsatz bei der Bekämpfung der Rinderseuche.

Die Weichen für die Entwicklung einer neuen Agrarpolitik und die Verbesserung des Verbraucherschutzes sind gestellt. Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts unterstützen 77% der Befragten diesen Neuanfang. Das Landwirtschaftsministerium wird in ein Ministerium für Verbraucherschutz umgewandelt. Mit der Berufung einer BSE-Beauftragten überprüft die Bundesregierung die Zusammenarbeit der Institutionen, die für die Umsetzung eines verbraucherorientierten Neuanfangs in der Landwirtschaftspolitik notwendig sind. 

BSE als Krankheit mit Langzeitwirkung zeigt auch die Versäumnisse der Vergangenheit auf. Anstatt aber die Versäumnisse in ihrer Regierungszeit zuzugeben und sich einem konstruktiven Dialog über eine Neuausrichtung der Agrarpolitik zu stellen, beherrscht Uneinigkeit das CDU/CSU-Lager. Ein besonders trauriges Beispiel ist in den bayerischen Amtsstuben zu beobachten. Gerade in dem Bundesland, wo der Hauptschwerpunkt der

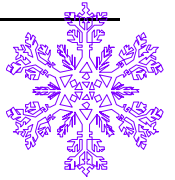
Krise liegt, klebt einer der verantwortlichen Minister immer noch an seinem Sessel. Stoiber mußte arge Versäumnisse in der bayerischen Agrarpolitik einräumen und entzog seinen Ministern einen Teil ihrer Kompetenz.

Das verloren gegangene Vertrauen des Verbrauchers in die Lebensmittelerzeugung muß zurückgewonnen werden. Nahrungsmittelproduktion muß künftig zuallererst Qualitätsproduktion sein, die auf einer naturnahen, ressourcenschonenden Landwirtschaft basiert. Der Verbraucher will wissen, was als Lebensmittel auf seinen Tisch kommt. Lebensmittel müssen daher gekennzeichnet werden und ihre Herkunft bzw. Vertriebswege nachvollziehbar und transparent sein. Eine immer billigere und auf Produktivitätssteigerung bedachte Massentierproduktion kann diese Anforderungen des Verbrauchers nicht erfüllen und führt in eine Sackgasse.

Vielmehr bedarf das Vorsorgeprinzip der konsequenten Anwendung innerhalb der gesamten Nahrungskette. 

Eine Agrarpolitik, bei der die Gesundheit des Verbrauchers im Vordergrund steht, kann nur in Kooperation mit der Landwirtschaft erreicht werden. Das gemeinsame Interesse von Bauern und Verbrauchern an gesunden Nahrungsmitteln muß gestärkt und erneuert wer-

Fortsetzung auf Seite 4



Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Unter den Linden 50, Zi. 1073/75

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fax: 030/227-7 64 19

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartnerin: Bärbel Mart

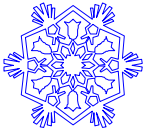
Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

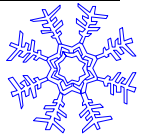
38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller



Straßenverkehrsgesetz geändert



In der letzten Woche wurde in dritter Lesung die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes verabschiedet. Damit wird der zunehmenden Mobilität und einer höheren Anforderung an die Verkehrssicherheit Rechnung getragen. In einem immer komplexeren Verkehrssystem müssen Unfallgefahren beseitigt und potentielle Sicherheitsrisiken frühzeitig erkannt werden.



Die CDU/CSU hat eine frühere Novellierung des Gesetzes durch eine reine Blockadepolitik verhindert. Ihre Verzögerungstaktik geht zu Lasten der Bürger und der Verkehrssicherheit.



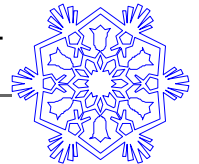
Alkohol am Steuer ist kein Kavaliersdelikt, sondern einer der häufigsten Unfallursachen im Straßenverkehr. Wir tragen der Koalitionsvereinbarung Rechnung und handeln. Mit

dem neuen Gesetz wird die Promillegrenze von 0,8 auf 0,5 gesenkt. Zudem beendet unser Gesetzesvorhaben mit klaren Vorgaben nun endlich die rechtlichen Auseinandersetzungen in Städten und Gemeinden bezüglich des Anwohnerparkens. Den Kommunen und Gemeinden wird durch eine maximal zulässige räumliche Bandbreite ein größerer Gestaltungsspielraum bei der Anwendung ihrer Parkkonzepte gewährt.

Des Weiteren enthält der Gesetzentwurf das Verbot von Radarwarngeräten.



Fazit: Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sind zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik und schaffen die Voraussetzung, um eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur auf-



Fortsetzung von Seite 3

den.



Wir werden insbesondere auch den ökologische Landbau konsequent fördern und ausbauen. Seine umweltverträgliche Wirtschaftsweise entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit und sichert Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Die Bundesregierung trifft Vorbereitungen für

- die Errichtung einer Bundesbehörde für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit,
- ein BSE-Sofortprogramm sowie
- ein Rahmenkonzept zur neuen Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik.

